

Vossische Zeitung



Zeitung

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereinigt. Täglich: „Unterhaltungsblatt“, „Finanz- und Handelsblatt“. — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitsbilder“ und „Literarische Umschau“. — Mittwoch: „Reise und Wandlung“. — Donnerstag: „Recht und Leben“.

Wöchentlich 1 Mark, monatlich 430 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Anfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenverträge: nm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen nm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

Verlag Ulstein. Verantwortlich für den Gesamtheit (außer dem Handelsteil): Dr. Carl Misch, Berlin. Für Rückzahlung anverw. Manuskripte ist Porto beizufügen.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ulstein: Amt Dönhofs (A 7) 3600-3609, für den Fernverkehr: Amt Dönhofs 3600-3608. Telegramm-Adresse: Ulsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

Protest in Genf beschlossen

Der Völkerbundsrat soll sich mit Ost-Oberschlesien befassen

Das Reichskabinett hat in einer Resolution beschlossen, an den Völkerbundrat als Protest gegen die polnische Verletzung des Völkerrechts als Selbstverleugung zu wirken und sein Eingreifen zu fordern.

Reichsanwalt Curtius erstattete vorher einen eingehenden Bericht über das dem Völkerbundrat vorliegende Material zu den politischen Verhältnissen der Ost-Oberschlesien. Die Prüfung der Angelegenheit soll ergeben, daß ein Appell an den Generalfiskus des Völkerbundes zur Einberufung einer außerordentlichen Sitzung auf Grund des Artikels 11 der Völkerbundcharta möglich ist. Die Reichsregierung hat daher beschlossen, in einer Note an den Generalfiskus des Völkerbundes die Einberufung des Völkerbundrates zu verlangen. Außerdem wird die Reichsregierung das gesamte amtliche Material über die Vorgänge in Ost-Oberschlesien und die deutschen Ermittlungen dem Völkerbund zufließen lassen.

sozialdemokratischen Führer heute noch einmal vom Kongress empfangen werden.

Das Kabinett soll heute nachmittag eine Sitzung abhalten, in der auf Grund der Ergebnisse der Parteiführer-Befragungen die endgültige Beschluß gefaßt werden soll, ob eine parlamentarische Behandlung des Sanierungsprogramms die schnellste Inzangfassung möglich erscheint, läßt oder ob der Verordnungswege gewählt werden muß.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird sich heute mit der politisch-parlamentarischen Lage befassen.

Galender nach Warschau geladen

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

Warschau, 26. November

Der polnische Außenminister Jalecki hat heute den Völkerräten der gemischten Kommission für Oberschlesien zu einer Aussprache über die letzten Ergebnisse nach Warschau eingeladen.

Ein Spätabendblatt des Regierungsorgans erklärt das einmütige Entschließen als den Anfang einer politischen Oszillation zu den angetragenen Schritten der deutschen Reichsregierung. Doch dürfte das polnische Außenministerium auch durch Anfragen beantwortet sein. Die von vorkonkordanter diplomatischer Seite in Warschau während der Behandlung der Minoritäten in verstreuten Stellen Polens gestellt worden sind.

(Siehe auch vierte Seite.)

Preußens Staatshaushalt

von Dr. Hermann Höpfer-Möbfi, Preussischer Finanzminister

Das Jahr 1924 hatte allen öffentlichen Stellen überreichliche Einnahmen gebracht. Die Rechnung des preussischen Staats schloß im Jahre 1924 mit einem Ueberschuß von 272 Millionen ab, 72 Millionen wurden zur Schuldentilgung verwendet, der Rest von 200 Millionen ist in den nachfolgenden Jahren langsam zugeführt worden. Auf diese Weise ist es möglich gewesen, die Einnahmen aus Ausgaben in den nachfolgenden Jahren auszugleichen und ohne Festbeträge zu wirtschaften. Die Rechnung des Jahres 1929 schloß mit einem Festbetrag von 17,6 Millionen ab, aber dieser Festbetrag kann durch Streichung nicht benötigter Ausgaben früherer Jahre abgedeckt werden. Im laufenden Rechnungsjahre wirtzt sich bereits die schlechte Lage der Wirtschaft voll aus. Die Reichssteuererlöse vermehren sich für den preussischen Staat allein um 55 Millionen, die Staatsausgaben läßt einen Festbetrag für den Finanzbedarf des Staates von 15 Millionen erwarten, die Ueberschüsse der Fortverwaltung bleiben um 20 Millionen hinter dem Normalfuß zurück. Selbst bei parjamärer Wirtschaft muß damit gerechnet werden, daß das Rechnungsjahr 1930 mit einem nicht unerheblichen Festbetrag abschließen wird. Bei dieser Entwicklung ist es notwendig, den Haushaltsplan für das Jahr 1931 mit der allergrößten Vorsicht aufzustellen, damit im Jahre 1931 das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben unter allen Umständen gewährleistet ist.

I. Die Einnahmen

Die Finanzgebarung der Länder und Gemeinden ist in hohem Maße von der Finanzgebarung des Reichs abhängig, da die Steuererwerbungen des Reichs eine der größten Einnahmequellen für Länder und Gemeinden bilden. Preußen hat im Jahre 1931 für sich und seine Gemeinden mit einem Rückgang der Reichssteuererwerbungen gegenüber dem Normalfuß des Jahres 1930 von insgesamt 191,1 Millionen zu rechnen. Auch bei den preussischen Steuern treten Verluste ein, allerdings nicht bei der Grundvermögenssteuer. Diese Steuer ist eine der besten und sichersten Steuern überhaupt, die Einkünfte entziehen und im laufenden Jahre dem Veranschlagten, das nächste Jahr aber hier sogar noch Ueberschüsse bringen wird. Das Jahr 1927 brachte 1050 Millionen, das Jahr 1928 nur noch 1046, das Jahr 1929 nur noch 1050 Millionen; das laufende Jahr wird etwa 945 Millionen bringen, und für 1931 wird der Ertrag auf 900 Millionen veranschlagt. Die Einnahmen aus der Grundvermögenssteuer, die im laufenden Jahre auf 332 Millionen veranschlagt werden, sind daher in den Haushaltsplan 1931 mit 355 Millionen eingeschätzt. Die Hauszinssteuer war bisher mit 1100 Millionen veranschlagt. Sie hat aber diesen Vorrang niemals erreicht. Das Jahr 1927 brachte 1050 Millionen, das Jahr 1928 nur noch 1046, das Jahr 1929 nur noch 1050 Millionen; das laufende Jahr wird etwa 945 Millionen bringen, und für 1931 wird der Ertrag auf 900 Millionen veranschlagt. Die Einkünfte der Körperschaften sind im Vergleich mit dem Normalfuß des Jahres 1930 um 100 Millionen geringer, und für 1931 wird der Ertrag auf 900 Millionen veranschlagt. Die Einkünfte der Körperschaften sind im Vergleich mit dem Normalfuß des Jahres 1930 um 100 Millionen geringer, und für 1931 wird der Ertrag auf 900 Millionen veranschlagt. Die Einkünfte der Körperschaften sind im Vergleich mit dem Normalfuß des Jahres 1930 um 100 Millionen geringer, und für 1931 wird der Ertrag auf 900 Millionen veranschlagt.

Umschurz-Gerüchte in Spanien

Flieger Francos Flucht als Warnsignal?

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

Madrid, 26. November

Die Flucht des Fliegermajors Franco von nicht Seiten mit einem angeblich amnestierten benachteiligten Umsturzer in Verbindung gebracht, zumal es den Anschein hat, daß Franco sich in Madrid oder irgendwo in Spanien verbergen mag. Täglich entstehen neue Gerüchte und vermehren die Mitteilungen über revolutionäre Aktivitäten einer zum Umsturz entschlossenen Minorität.

Scheinbar werden von republikanischer Seite diese Gerüchte absichtlich verbreitet, um Regierung und Polizei irrezuführen und zu ernündern. Beispielsweise heißt es seit einigen Tagen auch in ernsthaften Kreisen, daß zuerst in irgendeiner Provinz Losgeschlagen werden solle, wo dann eine provisorische Regierung zusammenstehe. Madrid solle hierfür werden. Die Verleitung an dieser planlosen Bewegung soll angeblich so weit sein, daß dieselbe keineswegs mißlingen könne. Auch Aristokraten seien mit im Komplott.

Die in den wiederholten Erklärungen Brinnings und Dr. Curtius festgelegte Richtung der deutschen Außenpolitik wird hier als Fehltritt dafür betrachtet, daß die deutsche Regierung sich keinesfalls bereit finden könnte, dem Selbstherrschaft und dem Volkstum in ausstehenden Abenteuern die Rahmen aus dem Feuer zu holen.

Der Moskauer Industrie-Prozess

Die amtliche Telegramm-Agentur der Sowjet-Union führt in ihrer Berichterstattung über den am Dienstag begonnenen Prozeß gegen Hochschulpromessoren und Ingenieure wegen Verstoßung gegen den Sowjet-Staat und Sabotage des fünf-Jahres-Plans in der anfangs eingehängenen Darstellungsweise, die für den europäischen Leser wenig objektiven Wert besitzt, fort.

Das letzte Kommuniqué gibt weitere Auslagen des Angeklagten Proffessors A. M. in, der seine Praxis zusammenzufassen mit Densfeld, Babel, Guffassoff und anderen schildert, die als Hauptangeklagte für die Intervention nötigen Mittel die französische und englische Regierung, sowie den belagerten Detektor in Aussicht stellen. Bei seinen Sonboren Befragungen sei Plamkin mit Oberst Simon, dem Direktor der Wärsch-Werke, und mit Oberst A. M. zusammengetroffen. Nach dem englischen Regierungswort hat das Interesse Englands an der Intervention nicht nachgelassen, während der Gindend verhärtet wurde, daß der Mittelpunkt der Intervention Poincaré, von Brian allein unterstützt, sei.

Die Arbeit der Industriepartei habe einer totalen Prophanen Zuzugung der sowjetrussischen Stelle gegolten, man habe mit großer Sicherheit auf Aufstünde unter den Bauern, Arbeiterkreisen und Unruhen in der Roten Armee gerechnet. Das Jahr 1930 habe man darum auseinander, weil in diesem Jahr die Ausgaben für Vandesverteidigung in Sowjetrussland eingetrennt werden mußten.

Was wollte Litwinow in Mailand?

Paris, 26. November

Die von der sachlichen Presse im Verhältnis an die Begegnung zwischen dem italienischen Außenminister Grandi und dem russischen Botschaftsminister Litwinow lancierten Meldungen über die Bildung eines „Deutsch-Russisch-Italienischen Bloks“ werden von der französischen Rechtsprechung dazu benutzt, die seit Wochen in einem Zustand der dauernden Erregung gehaltene öffentliche Meinung aus neue zu alarmieren.

Wegen nicht man ihnen in den ernsthaften politischen Kreisen nur geringe Bedeutung hat. Man führt denn die meisten dieser Einflüsterungsmaßnahmen, mit denen die Diplomatie des sich schließenden Jahres seit Jahren zu klaffen verliert.

Paris, 26. November

Poincaré und Briand liegen heute offiziell den Angaben des Angeklagten Plamkin im Moskauer Prozeß über ihre angebliche Interrevolutionäre Absicht ein energisches Denial entgegen.